

# Der Mindestlohn ist eine bewusste Volksverdummung

**MARGARET HECKEL** zeigt, dass die von SPD und DGB geforderte Untergrenze das wahre Problem nicht lösen kann: Für Alleinverdiener sind Kinder zum Armutsrisiko geworden

Es klingt so einfach, so gerecht, so sozial. „Jeder, der Vollzeit arbeitet, muss davon leben können“, sagt SPD-Vorsitzender Kurt Beck. Also her mit Untergrenzen gegen „Hungerlöhne“, fordert DGB-Chef Michael Sommer. Dann wäre wieder alles in Ordnung, suggerieren die Mindestlohn-Befürworter.

Doch nichts würde damit gelöst – und schon gar nicht das Problem der Niedrigverdiener in Deutschland. 7,50 Euro Mindestlohn je Stunde fordern SPD und DGB. Doch selbst dann würde sich die Zahl derer, die Vollzeit arbeiten und trotzdem Hartz IV bekommen, nicht deutlich reduzieren.

Dies hat vor allem damit zu tun, dass die meisten Menschen, die ihren Lohn mithilfe des Staates aufstocken müssen, Kinder haben und einen Partner, der nicht oder nur wenig hinzuverdient. Und es liegt daran, dass die Sozialgesetze eine Entwicklung bereits berücksichtigen, mit der sich die Gesellschaft offensichtlich noch sehr sehr schert: Anders als in den 60er- bis 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist es inzwischen sehr schwer geworden, eine Familie mit einem Gehalt zu ernähren.

In der Debatte machen die Prediger eines gesetzlichen Mindestlohns mit großen Zahlen Stimmung: 2,1 Millionen Menschen seien trotz Arbeit auf Hartz IV angewiesen, könnten also von ihrem Job nicht leben. Betroffen wäre damit jeder 20. Erwerbstätige.

Doch dies ist eine bewusste Irreführung. Zwar bezogen nach einer Studie des neutralen Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Jahr 2005 tatsächlich so viele Erwerbstätige aufstockende Leistungen vom Staat. Doch der weit überwiegende Teil von ihnen arbeitete gar nicht Vollzeit, sondern in Teilzeit oder 400-Euro-Jobs. Vollzeit arbeiteten nur 495 000 Hartz-IV-Empfänger. Im April 2006 waren es rund 473 000 und ein Jahr später 526 000. Die Zahl ist also stabil. So stabil, dass sie auch die oft vorgebrachte These widerlegt, die „Armutslöhne“ hätten in den vergangenen beiden Jahren besonders stark zugenommen.

Noch interessanter sind die Details der Zahlen aus dem Jahr 2005: Unter den 495 000 Vollzeit-Arbeitern, die ihr Einkommen mit Hartz IV aufstockten, waren nur 14 000 Singles. Es waren also 14 000 Menschen, auf die der Satz zutrifft, dass sie von einer Vollzeitarbeit nicht leben konnten. Nicht 2,1 Millionen. Es waren also 0,035 Prozent aller Erwerbstätigen, nicht fünf Prozent.

Alle anderen Aufstocker bekamen die staatliche Zusatzleistung entweder nur kurzfristig, also ein paar Wochen oder Monate lang. Dafür kann es viele Gründe geben: Kurzarbeit, Jobwechsel, bei dem das nächste Gehalt erst im übernächsten Mo-

nat auf dem Konto ist, oder wenn der Minijob des Partners ausfällt. Oder aber sie bezogen zusätzlich Hartz IV, weil sie Kinder haben und ihr Partner kein oder nur geringes Einkommen hat.

Entscheidend dafür, ob ein Vollzeit-Arbeitnehmer zusätzliche Hilfe vom Staat braucht, ist also

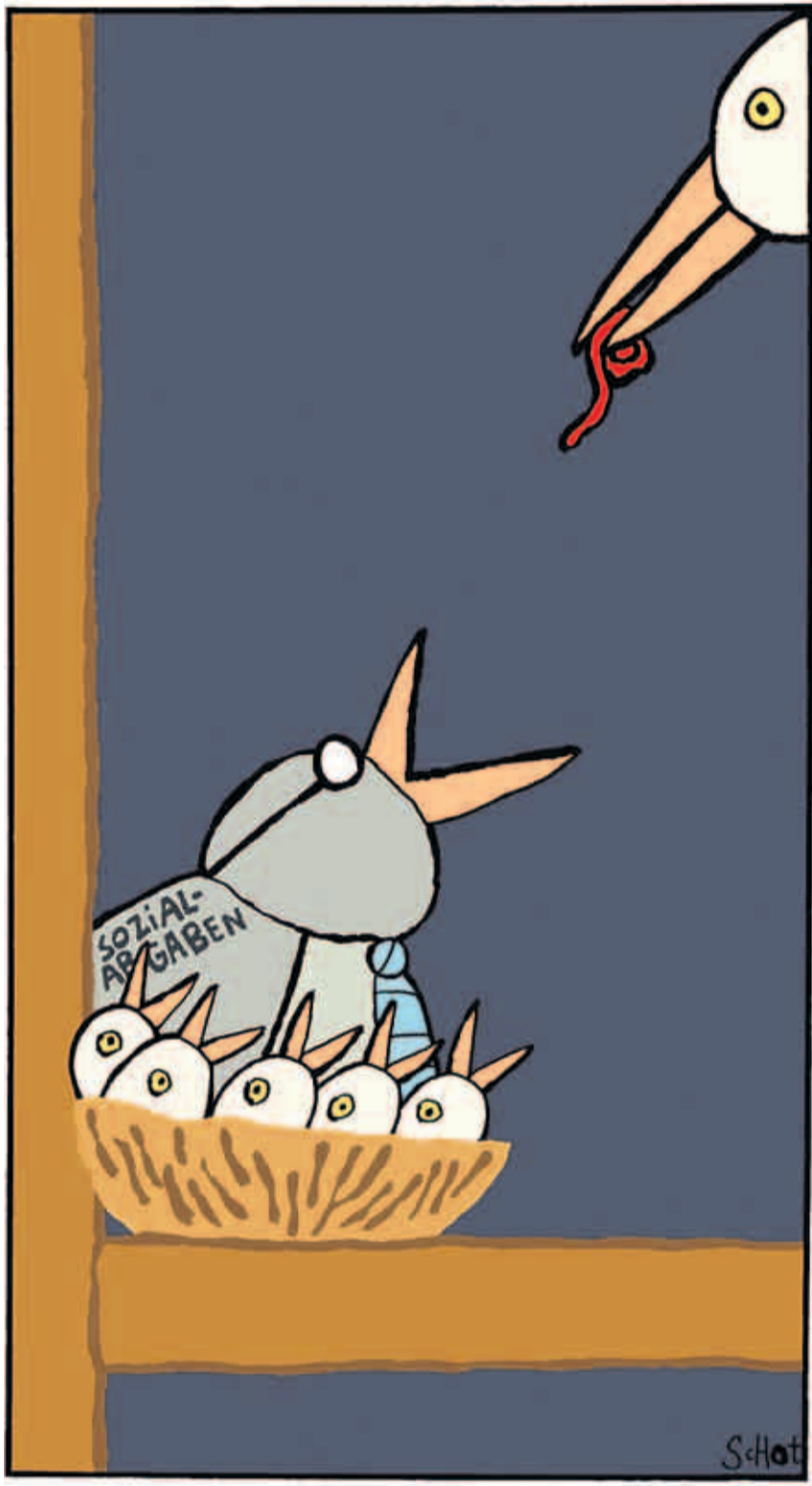
keine „Existenzminimum“, formuliert das IAB im Bürokrattendeutsch. Im Klartext heißt die Antwort auf die Kreuzzügler für einen Mindestlohn: Wer eine Familie hat, kann sie auch mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro nicht allein ernähren.

Was die Befürworter versprechen, kann der Mindestlohn für Familien niemals erfüllen. Dies zu verschweigen ist Volksverdummung. Wie hoch ein Mindestlohn aber sein müsste, damit Alleinverdiener-Familien auch ohne Hartz IV auskommen, hat noch niemand errechnet. Annäherungswerte lassen sich aus Zahlen für das Jahr 2004 herleiten. Damals lag die Niedriglohnschwelle bei 1704 Euro brutto im Monat, und dennoch waren noch 44 000 erwerbstätige Leistungsbezieher mit höheren Löhnen registriert. 1704 Euro entsprächen einem Mindestlohn von 9,78 Euro je Stunde. Selbst Befürworter einer Lohnuntergrenze werden einräumen, dass ein solcher Mindestlohn viele Arbeitsplätze vernichten würde. Das Ifo-Institut erwartet, dass bei einem allgemeinen Mindestlohn in dieser Höhe bis zu 1,9 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen.

Auch der Hinweis, dass es in fast allen europäischen Staaten und selbst in den USA einen Mindestlohn gibt, führt in die Irre. Denn diese Länder setzen nicht den Mindestlohn zur Armutsbekämpfung ein, sondern ein anderes Instrument: die sogenannte Lohnaufschlagung über eine negative Einkommensteuer. Familien mit zwei oder mehr Kindern bekamen im vergangenen Jahr in den Vereinigten Staaten maximal 4716 US-Dollar (3218 Euro) vom Staat dazu. In Großbritannien sind es derzeit bis zu 1730 Pfund pro Person (2342 Euro). Im Prinzip sind diese aufstockenden Zahlungen nichts anderes als Hartz IV. Das zeigt, dass ein Mindestlohn-System nicht dazu führt, dass jeder mit Familie von einem Einkommen leben kann.

Halten wir den Anspruch aufrecht, dass ein Alleinverdiener eine Familie unterhalten können soll, müssten wir so hohe Mindestlöhne festlegen, dass Hunderttausende, wenn nicht Millionen Jobs vernichtet werden. Sinnvoller erscheint es, sich dem Prinzip zu nähern, das die Sozialgesetzgebung bereits vertritt: Jedes Familienmitglied hat ein Recht auf eigene Unterstützung. Diesen Weg aus dem Niedriglohndilemma hat Familienministerin Ursula von der Leyen eingeschlagen: Wer seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann, nicht aber den seiner Kinder, erhält seit Anfang des Jahres einen unbefristeten Kinderzuschlag von 140 Euro. Auch Freibeträge bei den Sozialabgaben könnten Geringverdienern helfen.

Langfristig aber bieten vor allem bessere Bildung und Ausbildung einen Ausweg aus der Niedriglohnfalle. Wer den Mindestlohn als Lösung anbietet, macht gerade jenen Menschen etwas vor, denen zu helfen er vorgibt.



SKIZZE VON DER SCHOTZ

vor allem sein Familienstand. Die Hartz-Gesetze haben dabei eine gesellschaftliche Entwicklung konsequent umgesetzt: Jedes Mitglied eines Haushaltes zählt für sich und hat Anspruch auf staatliche Leistungen, also den Basisbetrag Hartz IV, Kindergeld und Wohngeld kommen hinzu.

Wer zwei Kinder, einen nicht erwerbstätigen Partner und kein weiteres persönliches Vermögen hat, würde deshalb selbst bei dem von SPD und Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro in der Stunde weiter Stütze vom Staat bekommen. „Je nach Haushaltskontext (kann) selbst bei Lohnsätzen über 7,50 Euro Bedürftig-

## Ein Jahr der Wahlen und der Unwägbarkeiten

**ERNST CRAMER** skizziert in seinem Ausblick auf 2008, was – vor allem in den USA und Deutschland – bei den Abstimmungen zwischen Januar und November auf dem Spiel steht

Im kommenden Jahr wird es wieder auf der ganzen Welt viele Wahlen geben – nicht immer mit akzeptablen Ergebnissen. Die Nachwehen der letzten Wahlen des alten Jahres am 22. Dezember in Kenia sind mit ihren Hunderten von Toten ein böses Omen.

In Pakistan, wo am 8. Januar wieder ein Schritt von der Militärdiktatur zur Demokratie gemacht werden sollte, wurde nach der Ermordung Benazir Bhuttos der Termin der Wahlen auf den 18. Februar verschoben. Auch in diesem zweiten Atomstaat auf dem indischen Subkontinent gab es nach dem Attentat auf Frau Bhutto unzählige Tote.

In der westlichen Welt, wo es derzeit friedlicher zugeht, hat in den Vereinigten Staaten mit den Vorwahlen im Staate Iowa der Kampf um die Präsidentschaft begonnen. Obwohl die dortigen Sieger Mike Huckabee und Barack Obama zurzeit die Schlagzeilen der Gazetten füllen, ist – auch nach der gestrigen zweiten Urwahl in Wyoming – keinesfalls sicher, ob einer von ihnen im Herbst um das höchste Amt in Washington kämpfen wird. Erst nachdem Mitte Februar mehr als die Hälfte der Wähler die Chance hatten, in Urwahlen für einen Kandidaten zu stimmen, wird das Feld der Bewerber übersichtlicher.

Die endgültige Entscheidung darüber, welche demokratischen und republikanischen Kandidaten sich um das Präsidentschaftsbanner bewerben dürfen, fällt erst in den letzten August- oder ersten

September-Tagen auf den Nominierungskongressen der großen Parteien. Dass übrigens in den USA am „Dienstag nach dem ersten Montag im November“ auch das Repräsentantenhaus, ein Drittel der Senatoren und eine Unzahl von Amtsträgern auf staatlichen und kommunalen Ebenen gekürt werden, wird wegen der Bedeutung der Präsidentschaftswahl fast nicht beachtet.

Obwohl der nächste Bundestag erst im Herbst 2009 gewählt werden wird, sind auch in Deutschland 2008 wichtige Urnengänge zu erwarten. Die Landtagsentscheidungen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar und in Hamburg am 24. Februar werden viel über die Zukunft der jetzt in Berlin bestimmenden Großen Koalition aussagen. Die drei genannten Länder werden zurzeit von CDU-Politikern geleitet, sind aber Staatsgebilde mit langer sozialdemokratischer Tradition. Dort die Mehrheiten wiederzugewinnen – und dann endgültig der bestimmende Faktor in der Großen Koalition zu sein – ist das Hauptziel des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Kurt Beck und seiner jeweiligen Länderchefs.

Die drei CDU-Ministerpräsidenten, die um ihre Wiederbestätigung kämpfen, erhalten wenig Schützenhilfe von ihrer Parteispitze. Die Bundeskanzlerin, weltweit wegen ihrer außenpolitischen Erfolge geachtet, konzentrierte sich in ihrer Neujahrsansprache zwar ganz auf die Innenpolitik. Mit Recht lobte sie die erfolgreiche Familienpoli-

itik und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Kein Wort widmete sie dem größten Fauxpas ihrer Partei, der Zustimmung zu einem zu hohen Mindestlohn für Postzuträger und damit zur Verhinderung von Konkurrenz in dieser Branche. Außerdem bleibt die Post von der Mehrwertsteuer befreit, ein weiterer Nachteil der privaten Wettbewerber. Der Erfolg: ein Stellenabbau bei der Postkonkurrenz; mehr Arbeitslose also.

Ein hoher Mindestlohn mag trotzdem populär sein, und Popularität zählt bei Abstimmungen. Aber darf die CDU Wahlen mit sozialdemokratischen Parolen gewinnen? Die Länderchefs jedenfalls sind da anderer Ansicht. Ganz besonders gilt das für Bayern, wo die nächste Landtagswahl am 28. September stattfindet. Dort rechnet die CSU unter dem Zweigespann Günther Beckstein (Ministerpräsident) und Erwin Huber (Partei-Vorsitzender) wieder mit einem Ergebnis von mehr als 50 Prozent der Stimmen. In Bayern ist eben die SPD unbedeutend. Die Zeiten eines Wilhelm Högner (1887–1980) oder eines Waldemar von Knoering (1906–1971) sind lange vorbei. Frau Merkel weiß: Aus München droht der Großen Koalition keine Gefahr.

Weltweit hat eben – laut Josef de Maistre – jedes Volk die Regierung, die es verdient.

Ernst Cramer ist Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Stiftung

### LEITARTIKEL

## Mehr Sicherheit bitte, weniger Demagogie



as Instinktpolitik, gepaart mit hoher Intelligenz und absolutem Machtwillen, hervorbringen kann, zeigt derzeit Roland Koch. Da sehen die Umfragen den hessischen Ministerpräsidenten vor hohen Verlusten bei den Landtagswahlen Ende Januar. Bedrängt von der Linkspartei, muss der inoffizielle zweite Mann der CDU gar darum bangen, nach dem 27. Januar noch in Hessen zu regieren.

Da liefert ihm ein Überfall in der Münchner U-Bahn ein Thema, mit dem er gleichermaßen wirkliche Ängste der Menschen aufgreifen und niedere Instinkte bedienen kann. Wohl dosiert eskaliert Koch seit den Weihnachtsferien seine Kampagne. Erst geht es gegen „kriminelle Ausländer“, dann zielt er ein Programm zur Verschärfung des Jugendstrafrechts zusammen und fordert in einem Essay überhaupt mehr Anstand und Höflichkeit. Das nennt man ein Thema setzen. Auch Kanzlerin Angela Merkel musste auf den Zug aufspringen.

Sicher, die Selbstverständlichkeit, mit der Koch Anstand und Moral hochhält, obwohl seine Rolle in der Spendenaffäre der Hessen-CDU bis heute ungeklärt ist, mag dreist erscheinen. Dass ausgerechnet Koch scharfe Strafen für Jugendliche fordert, dessen Bundesland gerade ein liberales – und vorbildliches – Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen hat, könnte auch hinterfragt werden. Aber wie sagte der österreichische Ökonom Josef Schumpeter: Gute Politik machen Politiker nicht um ihrer selbst willen, gute Politik ergibt sich als Nebenprodukt ihrer Eigeninteressen. Die entscheidende Frage ist daher nicht, aus welchem Motiv Koch handelt, sondern ob er recht hat. Taugen seine Ideen?

Die Gefahr, Opfer schwerer Körperverletzungsdelikte wie in der Münchner U-Bahn zu werden, ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen. Das geht aus der Untersuchung zur „Gewaltkriminalität junger Menschen“ in Großstädten hervor, die für die Innenministerkonfe-

renz von Bund und Ländern erstellt worden ist. Koch spricht also ein Thema an, über das man reden muss – auch im Wahlkampf. Der Anteil ausländischer Gewalttäter ist dabei höher als ihr Anteil an der Bevölkerung. Aber, und darauf hinzuweisen unterlässt Koch leider, im Gegensatz zum allgemeinen Trend geht ihr Anteil zurück.

Kochs Vorschläge sind für markige Schlagzeilen gut, doch taugen bei genauerem Hinsehen nicht alle Ideen. Da ist zunächst die Forderung, für 18- bis 21-Jährige das härtere Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Dabei können Gerichte dies längst – auch wenn das nicht die Regel ist. Hinter Kochs Vorstoß steckt die Ansicht, dass das Jugendstrafrecht von Sozialpädagogen erfunden ist und von Luschen angewandt wird. Dabei bietet das Gesetz die nötige Flexibilität, um zwischen einem 15-jährigen Ladendieb, der erstmals erwischt wird, und einem 20-jährigen brutalen Schläger zu unterscheiden.



Von Peter Müller

„Eine höhere Strafanforderung hätte die U-Bahn-Schläger in München nicht von ihrer Tat abgehalten“

Auch dass Erziehungscamps oder der sogenannte Warnschussarrest bessere Erfolge zeitigen, ist nirgends bewiesen. Und kriminelle ausländische Jugendliche schneller auszuweisen ist wohlfeil. Als ob sich mit den Jugendlichen auch die gesellschaftlichen Probleme abschieben ließen. Als ob Straftäter in der dritten Einwanderergeneration nicht ein deutsches – und auch hausgemachtes – Problem wären.

Die Forderung nach höheren Strafen schließlich ist so reflex- wie zweifelhaft. Machen Sie selbst den Test: Glauben Sie wirklich, die U-Bahn-Schläger hätten nicht auf den Rentner eingeschlagen, wenn sie mit zwei Jahren längerer Haft zu rechnen hätten? Wenn aber eine Polizeistreife am U-Bahnhof gewesen wäre, dann hätten sie ihr Opfer wohl in Ruhe gelassen.

Neben mehr Polizei im öffentlichen Raum braucht man eine schnellere Aburteilung der Täter, die dann den Strafvollzug schneller antreten müssen. Kurz: die konsequente Anwendung des bestehenden Rechts. Das kostet, im Gegensatz zu Forderungen nach schärferen Paragrafen, Geld. Übrigens: Wie viele Bundesländer hat Hessen seine Ausgaben für die Justiz gekürzt.

## Nur Demokratie kann Kenia heilen

Kenia galt in den letzten fünf Jahren, seit der Diktator Daniel arap Moi aufs Altenteil geschickt wurde, als hoffnungsvolles Demokratieprojekt. Nun hat das Land das alte afrikanische Übel eingeholt. Zu oft erschöpft sich dort Demokratie in dem, was die Angelsachsen „one man, one vote, one time“ nennen: Es bleibt bei einer freien Wahl, denn danach entpuppt sich der neue Machthaber als ebenso sesshaft wie der vorige.

Es ist aber keineswegs so, dass afrikanische Gesellschaften keine Demokratie wollten. Die Geduld, mit der die Kenianer stundenlang Schlange vor den Wahllokalen standen, und die hohe Wahlbeteiligung zeigen, wie wichtig ihnen die neu erworbenen Rechte sind – umso größer die Enttäuschung, dass diese von Mwai Kibaki mit Füßen getreten wurden.

Kenia ist ein Paradebeispiel dafür, wie ein Mangel an demokratischem Verständnis zu Gewalt führt. Dort, wo ein legaler Weg zur Macht verbaut wird, greifen die zu den Waffen, die sich langfristig von der Macht ausgeschlossen sehen.

Da Gewalt, oft auch ethnisch motivierte, eine der wichtigsten Ursachen von Afrikas Unterentwicklung ist, bringt es gar nichts, wenn der Westen immer neue Entwicklungsmilliarden über-

weist, wenn er dann gleichzeitig bei manipulierten Wahlen ein Auge zudrückt und so tut, als sei es in Afrika „normal“, dass Autokraten nicht von der Macht lassen. Die Demokratie stellt das beste Instrumentarium bereit, um gesellschaftliche Konflikte auf friedlichem Wege zu moderieren. Undemokratische Strukturen hingegen fördern Gewalt – und die führt zur Unterentwicklung.

Deshalb ist es falsch, wenn im Gefolge von Live-Aid-Konzerten und G8-Gipfeln immer wieder suggeriert wird, mehr Geld sei das einzige Mittel, um Afrika voranzubringen. Ohne Zuwendungen geht es nicht, es wird allerdings zu selten nach den politischen Voraussetzungen gefragt, die Entwicklungshilfe auch Früchte tragen lässt.

Nur dort, wo Leben und Eigentum vor Gewalt und staatlicher Willkür geschützt sind und die Rechte der Bürger geachtet werden, bestehen Voraussetzungen für Investitionen und reges wirtschaftliches Leben. Dass bei vielen gesellschaftlichen Problemen Gewalt als einziges Mittel der Auseinandersetzung erscheint, ist eines der Grundübel Afrikas. Das lässt sich nur abstellen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen am politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Es ist an der Zeit, höhere Ansprüche an Afrikas Politiker zu stellen. Clemens Wergin

## Iowa wählt den Wechsel

Für Überraschungen waren die Wähler in Iowa in der Vergangenheit schon öfters gut. So auch bei dem Auftakt der Vorwahlen zur US-Präsidentschaftswahl in der vergangenen Woche: Anhänger beider Parteien in dem Bundesstaat setzten überraschend deutliche Signale – nicht nur an der Wahlurne, sondern vor allem auch bei den Befragungen vor den Wahllokalen. Signale, die erfahrungsgemäß den gesamten weiteren Verlauf des Wahlmarathons prägen könnten.

Bei den Demokraten stand den Umfragen zufolge der unbedingte Wille zum Politikwechsel im Vordergrund. Und der wird offenbar am ehesten Barack Obama zugetraut. Teils sicher deshalb, weil sich der Ex-Senator aus Illinois schärfer als seine Konkurrentin Hillary Clinton von der Politik der Bush-Regierung abgrenzt. Teils wohl aber auch, weil die Demokraten Obama bei dem Urnengang im November größere Chancen einräumen. Größere jedenfalls als Clinton, der viele Amerikaner in tiefer Abneigung verbunden sind, seit sie sich zu Beginn der Amtszeit ihres Mannes als Mitregentin aufspielte.

Den Republikanern in Iowa, auch das wurde in den Umfragen klar, kommt es in diesem Wahljahr nicht vorrangig darauf an, dass ihre Partei

weiter den Präsidenten stellt. Wichtiger ist ihnen Prinzipientreue: Ihr Kandidat soll die eigenen Werte teilen. So erklärt sich der Erfolg von Mike Huckabee. Der Baptisten-Prediger stößt bei Parteigängern der Republikaner mit seiner Strengegläubigkeit auf Gefallen. Aber eben wegen dieser Strengegläubigkeit scheint es auch nach Iowa unwahrscheinlich, dass ihm die gemäßigten (und wahlentscheidenden) Wechselwähler zum Präsidentenamtsverhelfen würden. In gewisser Weise haben also Wähler beider Parteien für einen Wechsel votiert.

Und noch etwas haben Demokraten wie Republikaner gleichermaßen signalisiert: Es kommt ihnen dieses Mal nicht so sehr auf politische Erfahrung oder ein stimmiges Wahlprogramm an. Huckabee legt in außenpolitischen Fragen eine frappierende Ahnungslosigkeit an den Tag. Und auch Obama glänzt in erster Linie durch Charisma, nicht durch Sachkenntnis.

Der nächste US-Präsident wird ein politisch reichlich unerfahrener Mann: Das könnte, für Amerika wie für die Welt, ein Problem werden, muss es aber nicht. Auch über John F. Kennedy und Bill Clinton hieß es anfangs, sie seien zu jung, zu provinziell. Die schlechtesten Präsidenten waren sie am Ende nicht. Olaf Gersemann